

GR. Sissi POTZINGER

22.09.2005

A N F R A G E

Betr.: Ausweitung leistbarer Kinderbetreuungsplätze –
Sozial gestaffelte Elternbeiträge für Tagesmütter

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch das auf einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss basierende einheitliche sozial gestaffelte Tarifsysteem ist es gelungen, für alle Grazer Kinder im Kindergartenalter bedarfsgerechte Kindergartenplätze in städtischen, privaten und kirchlichen Einrichtungen abzusichern.

Unter dreijährige Kinder werden großteils von ihren Familien betreut. Berufsbedingt brauchen aber immer mehr Eltern auch für diese Altersgruppe familienergänzende Betreuungseinrichtungen.

Derzeit werden zirka 500 unter dreijährige Kinder in städtischen und privaten Kinderkrippen und über 300 unter dreijährige Kinder von Tagesmüttern betreut. Obwohl die Gesamtkosten für Betreuungsplätze in Krippen wesentlich höher sind als bei Tagesmüttern, sind die tatsächlichen Kosten für die Eltern bei Tagesmüttern wesentlich höher, da sozial gestaffelte Elternbeiträge nur in den Kinderkrippen gelten. Für die Leistung der Tagesmütter müssen Eltern jedenfalls den Vollpreis bezahlen, wodurch diese Betreuungsform für viele junge Familien nicht leistbar ist. Um jungen Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ist eine Ausweitung erschwinglicher Betreuungsplätze dringend erforderlich. Die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge bei Tagesmüttern ist der effizienteste Weg, möglichst rasch in der Stadt Graz zusätzliche für alle berufstätigen Eltern leistbare Betreuungsplätze zu schaffen.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A N F R A G E

ob Du bereit bist, die zuständigen Stellen zu beauftragen, umgehend die notwendigen Maßnahmen sowie den finanziellen Mehrbedarf für die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge bei Tagesmüttern zu prüfen.

GR. Sissi POTZINGER

22.09.2005

A N F R A G E

Betr.: Kostenvergleich Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler –
Vollkosten, Kostenanteil der Stadt Graz, Elternbeiträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Stadt Graz gibt es ein vielfältiges Angebot an Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter: Horte, Vereine, Tagesmütter, ganztägige Schulformen entlasten vor allem berufstätige Eltern. Die Kosten für die Eltern sind jedoch höchst unterschiedlich. Nicht in allen Einrichtungen gibt es sozial gestaffelte Elterntarife, der Vollpreis für einen Betreuungsplatz in einer von Vereinen durchgeführten Nachmittagsbetreuung ist um über 50 Euro pro Kind und Monat höher als im städtischen Hort, weil die Stadt in Horte wesentlich mehr investiert, obwohl die Gesamtkosten pro Betreuungsplatz im Hort eklatant höher sind. Für die Eltern ist es oft ein "Glücksspiel", einen leistbaren Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Bei Geschwistern verschärft sich die Situation zusätzlich - wahrlich kein positives Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Insbesondere Mütter, die ihren Kindern zuliebe Teilzeit arbeiten, um früher zu Hause zu sein, und nur wenige familienergänzende Betreuungsstunden benötigen, klagen über hohe Kosten.

Die Stadt Graz sollte daher möglichst rasch die Nachmittagsbetreuungsangebote evaluieren und gemäß den Rechnungshofprüfkriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit qualitätsvolle, bedarfsgerechte Betreuungsformen privater Anbieter ebenso fördern wie öffentliche Einrichtungen.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Fraktion die

Anfrage,

die Nachmittagsbetreuungsangebote für PflichtschülerInnen mögen von den ressortzuständigen Stellen evaluiert werden mit besonderer Beachtung der Gesamtkosten, der Kostenanteile der Stadt Graz und der Elternbeiträge. Weiters sind Vorschläge für Maßnahmen zu erarbeiten, die ein für Eltern leistbares, qualitätsvolles familienergänzendes Betreuungsangebot absichern.

GR. Kurt HOHENSINNER

22.09.2005

A N F R A G E

Betr: Absichtserklärung zum Beitritt der Stadt Graz
zur europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ab Morgen findet in Nürnberg eine UNESCO Konferenz statt, die sich mit dem Thema Rassismus beschäftigt mit dem Ziel, dass eine gemeinsame Vorgangsweise möglichst vieler europäischen Städte gefunden wird. Die Stadt Graz ist dort durch das ETC vertreten.

Daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob Du bereit bist, uns den Text den Herr Mag. Klaus Starl von Dir bekommen hat, um bei dieser Konferenz die Absicht der Menschenrechtsstadt Graz zu bekunden, an diesem Netzwerk teilzunehmen, vorzulesen



Betr.: Sanierung Bad Eggenberg

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. 9. 2005. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass das Bad Eggenberg seit Jahren dringendst sanierungsbedürftig ist, dürfte hinlänglich bekannt sein – seit Jahren beschäftigt dieser Themenkomplex ja auch dieses Haus.

Faktum aber ist: Außer immer neuen Konzepten, immer neuen Ideen ist bis dato herzlich wenig geschehen. Dazu passt auch der jüngste Streich: Die – zeitgerecht vor den Landtagswahlen erfolgte – mediale Ankündigung von VP-Landesrat Schützenhöfer, in Eggenberg ein Sportcluster errichten zu wollen. Gemeint ist damit angeblich ein großes Sport-Kompetenzzentrum mit Forschungseinrichtungen, mit für internationalen Wettkämpfen geeigneten Anlagen, in dem angeblich auch alle Dachverbände Heimstätte finden sollten.

Das Problem daran: Beim ersten Hinhören klingt diese Idee ja ganz nett. Allerdings: Konkretes liegt nicht auf dem Tisch. Da gibt es vage Kostenschätzungen, die von insgesamt rund 78 Millionen Euro ausgehen. Umgerechnet sind das rund eine Milliarde Schilling. Wer soll diese Milliarde bezahlen? Da ist davon die Rede, dass Bund und Land ohnehin etwas beitragen würden. Ich frage: Wie viel? Da ist sogar schon davon die Rede, dass die Dachverbände mit Übersiedlung nach Eggenberg ihre alten Heimstätten aufgeben sollten, da das Land dann postwendend die Subventionen dafür streichen möchte. Hat sich jemand überlegt, welche Folgen dies für den Breiten- und Schulsport hätte, wenn diese Sportanlagen plötzlich fehlen.

Wie gesagt: Viele Fragen, wenig Konkretes, eigentlich nichts Handfestes. Und das Bad Eggenberg verfällt weiter, ob es nächstes Jahr überhaupt noch aufgesperrt werden kann, steht in den Sternen.

Umso wichtiger wäre es, raschest Klarheit zu erhalten. Klarheit darüber, ob dieser Sportcluster nur eine Luftblase bleibt, ob die Stadt Graz nicht unter Umständen gezwungen sein wird, wieder einmal in Eigenregie – ohne Bundes- und Landesunterstützung ein Projekt durchziehen muss.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind,

1. endlich vom zuständigen Sportlandesrat Hermann Schützenhöfer konkrete Pläne zum Sportcluster Eggenberg einschließlich Finanzierungsvarianten, was Bundes- und Landesbeteiligungen einzufordern,
2. diese dem Gemeinderat vorzulegen und
3. in der Folge im Rahmen eines Bad-Gipfels mit allen Entscheidungsträgern und den Stadtwerken die Realisierungsmöglichkeiten zu beraten?



Betr.: Radarüberwachung durch
Beauftragung an Private

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Günter Getzinger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. September 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit einigen Wochen wird auf Gemeindestraßen in Graz auf Auftrag der Baudirektion bzw. von Stadtrat DI Gerhard Rüschi durch ein Privatunternehmen die Radarüberwachung durchgeführt – eine für sehr viele sehr überraschende Maßnahme.

Grundsätzlich steht selbstverständlich außer Streit, dass Maßnahmen, die zur Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen beitragen und die damit die Verkehrssicherheit erhöhen, zu begrüßen sind – speziell im Umfeld von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätzen oder SeniorInnenheimen kommt es durch Geschwindigkeitsüberschreitungen oft zu sehr gefährlichen Situationen. Auch mag es richtig sein, dass im konkreten Fall auf Grund der Unterschreitung der so genannten Wertgrenzen eine Befassung des Ausschusses oder gar des Gemeinderates nicht notwendig gewesen ist. Dennoch erlaube ich mir, kritisch anzumerken: Bei einer derart heiklen Materie hätte ich es mir – und ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen derselben Meinung sind – gewünscht, um nicht zu sagen, ich hätte mir erwartet, dass seitens des zuständigen Stadtsenatsmitgliedes vor Beginn der Aktion zumindest die Mitglieder des Verkehrsausschusses eingebunden, auf alle Fälle aber informiert werden.

Denn die Vergabe der Radarüberwachung an ein Privatunternehmen ist eine Entscheidung von großer Tragweite – und, salopp formuliert, wenn etwas „daneben“ geht, werden wir als GemeinderätInnen, wird die Stadt als Ganzes damit konfrontiert. Und ich darf daran erinnern: Ganz so klaglos war die Startphase ja nun wirklich nicht, wenn wir an die versehentliche Veröffentlichung der ersten Einsatzzeiten und Einsatzorte denken. Und ganz so klaglos könnte sich in weiterer Folge auch das Abstrafen der TemposünderInnen nicht entwickeln, wenn man Experten Glauben schenken darf, die zum Teil vor einem „rechtlichen Graubereich“ warnen und entsprechende rechtliche Probleme orten. In diesem Sinne wäre denn auch eine Vorabinformation der Mitglieder des Gemeinderates als das oberste Organ dieser Stadt wünschenswert gewesen – denn „Wertgrenzen“ sollten in letzter Konsequenz wirklich nicht das Kriterium darstellen, ob ein Ausschuss mit einer Frage befasst wird oder nicht.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die

die Anfrage,

ob Sie bereit sind,

- a) in der konkreten Angelegenheit private Radarüberwachung“ den zuständigen Stadtsenatsreferenten bzw. die entsprechende Magistratsabteilung aufzufordern, zumindest dem zuständigen Verkehrsausschuss einen Bericht über Intentionen, Rahmenbedingungen Kosten und zu erwartenden Folgen zu geben und
- b) auf die Mitglieder des Stadtsenates einzuwirken, dass in Zukunft bei derart sensiblen Materien – unbeschadet von formalen Kriterien wie Wertgrenzen – die entsprechenden Ausschüsse vorab informiert werden?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: SchülerInnen mit anderer Erstsprache
als Deutsch an Grazer Pflichtschulen

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Elke EDLINGER
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. September 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Einschreibungen für die städtischen Pflichtschulen sind bereits im März d.J. erfolgt.

Ich habe daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der Sitzung des Gemeinderates am 12. Mai 2005 bereits eine Anfrage dahingehend gerichtet, welcher Anteil an Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch an den einzelnen Grazer Pflichtschulen für das Schuljahr 2005/2006 zu erwarten ist.

Seither sind bereits über vier Monate vergangen. Das Schuljahr 2005/2006 hat bereits begonnen. Einzig: Antwort habe ich noch immer keine von Ihnen erhalten.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

können Sie Auskunft geben darüber, welcher Anteil an Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch an den einzelnen Grazer Pflichtschulen im Schuljahr 2005/2006 gegeben ist.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. September 2005

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Reinigung der öffentlichen Toiletteanlagen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 2. Dezember 2004 stellte ich zum gleichen Problem eine Anfrage, auf dessen Antwort ich bis heute noch warte. Seit dem 2. Dezember traf ich des öfteren Personen vom Fremdenführerclub und ReiseleiterInnen. Sie äußern weiterhin großen Unmut über den allgemeinen Zustand der öffentlichen Toiletteanlagen. Ich will jetzt keine bestimmten Standorte und Zeiten der Beobachtungen auflisten. Das würde zu weit führen.

Auf der heutigen Tagesordnung stand das Gemeinderatsstück „Verlängerung des Finanzierungsvertrages zwischen der Stadt Graz und der GTG für 2006 bis 2011. Im Amtsantrag steht der Vorschlag, einen Gesellschafterzuschuss in der Höhe von €1.966.000,-- jährlich zu gewähren. Ich muss sagen, ein dicker Brocken Geld. Unter anderem steht auch der Satz „Die professionelle Präsentation sowie der Verkauf der Stadt Graz auf internationalem Niveau kann unter anderem durch die derzeitige Dotierung sichergestellt werden“.

Ich denke, um die umworbenen Touristen aus aller Herren Länder mit einem guten Eindruck von der Stadt Graz wieder verabschieden zu können, gehört in meinen Augen ebenso eine professionelle Präsentation der öffentlichen WC-Anlagen, welche ein Spiegelbild der Hygiene in unserer Stadt darstellen.

Da ich mittlerweile 9 ½ Monate auf Antwort warte, hege ich die große Hoffnung, dass bei diesem Problem an einer sehr guten und positiven Lösung gearbeitet wird. Die beste Lösung dieses ewigen Problems kann und muss es sein, dass man wieder zurückgeht, wie es früher einmal war und es auch in anderen Städten gibt: Eine ständig anwesende Person, welche für die Reinlichkeit sorgt und anfallende Reparaturen sofort in die Wege leitet.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich für eine vernünftige und dauerhafte Lösung in Bezug auf die öffentlichen Toiletteanlagen für unsere Touristen sowie auch für die Stadtbewohner einzusetzen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. September 2005

Gemeinderätin: Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Lärmbelästigung in der Oberen Mariahilferstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit langer Zeit gibt es immer wieder Klagen wegen Lärmbelästigung von AnrainerInnen aus der Oberen Mariahilferstraße, die auf eine Beruhigung der angespannten Situation hoffen. Diesmal betrifft es insbesondere das Kommunikationszentrum Vidikon Scherbe. Lautes Sprechen, Lachen und mitunter Singen bringen die Menschen um Ihren Schlaf. Ein zusätzliches Problem stellt der Gastgarten dar, der aufgrund der geringen Gehsteigbreite ungehindertes Vorbeigehen fast unmöglich macht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich bei den zuständigen Behörden dafür einzusetzen, dass es zu einer Überprüfung der Klagen der AnrainerInnen bezüglich Lärmbelästigung kommt?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. September 2005

Gemeinderat: Georg Fuchs

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: EDV Probleme in Zusammenhang mit Wahlen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bei der Übermittlung von Daten der Ihnen zugeordneten Abteilung für Informationsmanagement an das Referat für Wahlen ist es in letzter Zeit immer wieder zu Problemen gekommen, die – zumindest stellt es sich für den Laien so dar – auf Mängel in den Datensätzen zurückzuführen sind, die dem örtliche Melderegister zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem mangelhaften Wählerverzeichnis für die Vorbereitung der Landtagswahl 2005 erwachsen zahlreiche Probleme, die auch von den lokalen Medien aufgegriffen wurden und für entsprechend negative Berichterstattung und Unmut in der Bevölkerung sorgten. Neben dem Imageschaden durch schlechte Presse bedeutete die Berichtigung von insgesamt 3.600 fehlerhaften Datensätzen einen immensen Mehraufwand für das Referat Wahlen, wie er durch die elektronische Datenverarbeitung eigentlich ausgeschlossen sein sollte. So blieben folgende Änderungen in den Daten unberücksichtigt:

- 1.133 Wahlsprengeländerungen (Umzüge)
- 209 Streichungen (verstorbene Personen)
- 776 Streichungen (Personen, die sich vor dem Stichtag aus Graz abgemeldet haben)
- 304 Berichtigungen von Personendaten (Namensänderung, akademischer Grad, etc.)

In letzter Sekunde mussten noch 1.088 Personen in das Wählerverzeichnis aufgenommen und 322 Personen gestrichen werden.

Ich richte daher Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage:

Was werden Sie unternehmen, um in Zukunft zu verhindern, dass dem Referat Wahlen durch die Übermittlung fehlerhafter Datensätze ein immenser Mehraufwand erwächst, bzw. dass sogar Menschen von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen werden?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. September 2005

Gemeinderat: Johann Slamanig

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Schwerverkehr durch die Liebenauer Hauptstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Einführung der Autobahnmaut für LKWs gibt es bekanntlich alle möglichen und unmöglichen Ausweichversuche des Schwerverkehrs auf untergeordnete Strassen. Aufmerksame Bewohner im Bezirk Liebenau beobachten seit einiger Zeit eine erschreckende Zunahme des Schwerverkehrs von der Puntigamer Straße durch die Liebenauer Hauptstrasse. Bekannt ist, dass der Verkehr in dieser Relation schon lange unerträglich zunimmt. Wenn jedoch ein erheblicher Teil des LKW- Verkehrs auf diese Weise über die Stadt geführt werden sollte, besteht dringender Handlungsbedarf.

Ich richte daher Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit die zuständigen Stellen mit einer Erhebung darüber zu beauftragen, ob die Verdacht zutrifft, dass die Liebenauer Hauptstraße zu einer Ausweichstrecke für den KKW-Verkehr geworden ist?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. September 2005

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Zusätzliche Parkmöglichkeiten für Marktstandbetreiber am Kaiser-Josef-Markt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Kaiser-Josef Markt hat in Graz eine lange Tradition und eine enorme Bedeutung für die Nahversorgung der Bevölkerung mit frischen Produkten aus dem Grazer Umfeld.

Durch die Ausweitung der blauen Zonen gingen jedoch Parkmöglichkeiten für die Marktstandbetreiber verloren. Sie sehen sich um die Möglichkeit gebracht – trotz nicht geringer Standgebühr – ihren Wagen, den sie für Ein- und Ausladevorgänge im Laufe des Vormittags öfters benötigen, in Ruhe abstellen zu können.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, das Angebot an entgeltlosen Parkmöglichkeiten für die Marktbetreiber während der Marktzeit am Kaiser-Josef-Markt zu erweitern?

**Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.9.2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Besetzung des Integrationsreferats

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 5.6.05 fand im Trauungssaal das Hearing zur Besetzung der im Konzept für die Integrationsstelle festgehaltenen zwei LeiterInnenstellen statt. Zehn BewerberInnen fanden sich dazu ein, sechs kamen in die engere Auswahl und wurden Ihnen vorgeschlagen.

Einige Tage später musste ich einer Zeitungsmeldung entnehmen, dass Sie sich für eine Bewerberin, namentlich Frau Köksal, entschieden haben. Wer die zweite Stelle bekommen wird, ist bis heute noch ein Geheimnis.

Nach Rückfragen bei einigen BewerberInnen, ob sie eine Nachricht von Ihnen bekommen hätten, wurde mir versichert, seit 5.9.05 nichts mehr aus dem Rathaus gehört zu haben. Ebenso erging es meiner Fraktion.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie diese Vorgangsweise, nämlich den BewerberInnen über die Medien die Nachricht zu übermitteln, dass sie nicht mehr zur Debatte stehen, als die menschlich und kommunikativ geeignete ansehen? Und finden Sie es richtig, dass auch die Fraktionen im Gemeinderat nicht direkt in den Informationsfluss Ihres Büros eingebunden sind?

Daher stelle ich an Sie heute die Anfrage:

An welchen Maßnahmen werden künftig BewerberInnen aber auch die anderen Parteien im Gemeinderat erkennen, dass Sie einer direkten Kommunikation den Vorzug geben werden?

Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.9.2005
von GR Hermann Candussi

Betrifft: Eggenberger Waldgrundstück

Der Kahlschlag des Hanges hinter dem Schloß Eggenberg hat nicht nur bei der Eggenberger Bevölkerung Betroffenheit und Entsetzen hervorgerufen. Abgesehen vom schmerzlichen Verlust des Waldes und der Brutalität mit der aus einem bewaldeten Grundstück ein unansehnlicher Erdhügel gemacht wurde, fürchten viele Grazerinnen und Grazer eine folgende Verbauung des Grundstücks und damit die Schädigung der Ansicht des Schlosses und massive Einschnitte in das ökologische Gleichgewicht.

Dass diese Rodung überhaupt geschehen konnte, ist darin begründet, dass ein beim Land Steiermark bereits seit 3 Jahren anhängiges Verfahren zur Feststellung der Waldqualität des betreffenden Grundstücks immer noch nicht entschieden wurde. Es liegt auch im Interesse der Stadt Graz und besonders im Interesse des Waldschutzes derartige Verfahren rasch und konsequent abzuhandeln. Nicht zuletzt um solche Geschehnisse zu verhindern.

Aus diesem Grund trägt auch die Stadt einen Teil der Verantwortung, gerade dann, wenn es sich beim Grundstückseigentümer um eine Person handelt, die die öffentliche Hand nicht das erste Mal vor vollendete Tatsachen gestellt hat.

Meine Anfrage daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

1. haben Sie etwas unternommen, um das beim Land Steiermark anhängige Feststellungsverfahren betreffend die Waldeigenschaft des mittlerweile gerodeten Grundstücks hinter dem Schloss Eggenberg voranzutreiben,
2. werden Sie sich dafür einsetzen, einer Umwidmung dieses Freilands rechtzeitig und konsequent entgegenzuwirken?

**Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl eingebracht
von GRin Christina Jahn
in der Gemeinderatssitzung vom 22. 09.2005**

Betrifft: Biologische Buffets bei Bürgermeister-Empfängen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Eine aktuelle Studie von Bio Ernte Austria, dem Dachverband der österreichischen BiobäuerInnen, bestätigt die bisherigen Untersuchungen zum Qualitätsvergleich von Lebensmitteln biologischer und konventioneller Herkunft. Sich biologisch ernähren bedeutet nicht nur eine erhöhte Zufuhr an bioaktiven Inhaltsstoffen sondern auch ein erheblich reduziertes Risiko im Zusammenhang mit Biozidrückständen, Nitrat, Zusatzstoffen bei der Produktion und genetisch veränderte Organismen. Eine Umstellung der Ernährung auf biologische Lebensmittel führt zu Abnahme körperlicher Beschwerden wie zu einer signifikanten Erhöhung der körpereigenen Abwehrstoffe. Biologische Ernährung führt, laut einer neuseeländischen Studie, in welcher eine Schulklasse über drei Jahre ausschließlich biologisch ernährt wurde, bei den Kindern zu weniger Verkühlungen und Husten, rascherer Rekonvaleszenz, weniger Sportverletzungen und Hautproblemen und besseren Zähnen.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen, deren gesundheitlicher Zustand sich vor allem durch Umweltbelastungen, aber auch durch zu viel bzw. falsche Ernährung, allgemein zunehmend verschlechtert, bedarf es bewusstseinsbildender und gesundheitspolitischer Maßnahmen.

Sie, Herr Bürgermeister, haben die Möglichkeit, im Zuge von Bürgermeister-Empfängen, insbesondere bei Empfängen für Kinder und Jugendliche, die Buffets biologisch zu gestalten, um damit der Bewusstseinsbildung und auch Vorbildwirkung der Stadt Graz gerecht zu werden.

Meine Anfrage daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind Sie bereit, im Sinne der Gesundheitsförderung und Bewusstseinsbildung, als einen ersten Schritt die von Ihnen zur Verfügung gestellten Buffets im Zuge von Empfängen und Feierlichkeiten auf biologische Lebensmittel umzustellen?

**Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.9.2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Feinstaubmessung

Am Samstag, den 10.9.2005 war in einer Grazer Tageszeitung unter dem Titel „Feinstaubgesetz ist Gift für Standort Graz“ Folgendes Zitat von Ihnen zu lesen: Sollte es zu einem Wettbewerbsnachteil kommen, „müssen wir unsere Messtätigkeit in Sachen Feinstaub überdenken. Viele andere Städte in Österreich messen diese Partikel ja nicht so genau wie wir“. Dieser Artikel hat heftige Reaktionen in der Bevölkerung ausgelöst.

Dazu möchte ich festhalten:

Erstens kann es sein, dass man in der Zeitung nicht immer so zitiert wird, wie es gemeint war, obwohl ich meine Aussagen immer korrekt wiedergegeben finde.

Zweitens kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie, Herr Bürgermeister, etwas gegen die konsequent genaue Messung der Feinstaubwerte in der Luft unternehmen wollen, haben Sie doch selber Kinder und sehen weiteren Vaterfreuden entgegen. Also gehe ich davon aus, dass die Gesundheit Ihrer Kinder Ihnen ein besonderes Anliegen ist. Jedenfalls ist es das für Tausende Grazer Eltern.

Drittens kann ich mich an Ihre engagierten Worte für wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Feinstaub erinnern.

Viertens wären Ihre Aussagen, wenn sie stimmen würden, eine Desavouierung der Arbeit des Gemeinde - Umweltausschusses.

Da ich mir nun kein rechtes Bild machen kann und die Grazer Bevölkerung ein Recht auf Klarstellung hat, stelle ich an Sie folgende

Anfrage

Stimmt es, dass Sie für eine Lockerung der Feinstaubmessungen eintreten und wie können Sie das schlüssig argumentieren?

**Anfrage an Bürgermeister Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.9.2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Seit 1988 gibt es das Grazer Friedensbüro, das jährlich mit knapp Euro 110.000.-, einer Personal-Subvention und der stadt eigenen Infrastruktur unterstützt wird. Für viele GrazerInnen ist das Friedensbüro durch seine Bildungsarbeit, seine umfangreiche Bibliothek, das interreligiöse Projekt 2003, den alljährlich stattfindenden Tag der Afrikanerinnen und sein friedenspolitisches Engagement ein Begriff geworden. Seit 2003 bin ich Mitglied im Vorstand des Friedensbüros. An den Vorstandssitzungen nehmen auch regelmäßig Herr Mag. Haubenhofer als Vertreter des Bürgermeisters und Herr GR Rajakovic von der ÖVP, derzeit auch Pressereferent des Herrn Bürgermeisters, teil. In keiner der Sitzungen wurde je über ein Ansinnen des Bürgermeisters, das Büro zu schließen, berichtet.

Umso größer war meine Irritation, als ich der Kleinen Zeitung vom 13.9.2005 entnehmen musste, dass Sie, Herr Bürgermeister, die Integration in Graz auf drei Säulen ruhend sehen, nämlich dem neu einzurichtenden Integrationsreferat, dem Interreligiösen Beirat und dem ETC und Sie an eine Schließung des Friedensbüros denken. Ich habe mich sofort mit dem Friedensbüro in Verbindung gesetzt und erfahren, dass vor Erscheinen des Zeitungsartikels weder mit Dr. Kumpfmüller, dem Leiter des Friedensbüros, noch mit Dr. Gerhold, dem Vorsitzenden des Vorstandes, Kontakt aufgenommen wurde. Mittlerweile scheint es Gespräche gegeben zu haben, aber niemand im Friedensbüro weiß Genaueres.

Als Grüne Gemeinderätin und Vorstandsmitglied lehne ich diese von Ihnen ausgehende Vorgangsweise ab und stelle an Sie die

Anfrage

Was konkret steckt hinter der kolportierten Aussage, das Friedensbüro auflösen zu wollen?

**Anfrage an Bürgermeister Nagl
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: VS Ries

Die Schließung der VS Ries beschäftigt nun den GR schon seit einem Jahr, am 11.11.2004 habe ich dazu einen ersten Antrag eingebracht.

Seither haben die betroffenen Eltern, aber auch die Schulleiterin und die KollegInnen nichts unversucht gelassen, um den Standort ihrer Schule abzusichern. Eigentlich müsste die Stadtregierung stolz auf diese aktiven BürgerInnen sein, denn sie entsprechen dem was z.B. im Lehrplan der Österreichischen Schulen im Zielparagrafen sinngemäß umrissen wird mit der Erziehung der SchülerInnen zu selbstbewussten, weltauftgeschlossenen und kritischen StaatsbürgerInnen, die sich aktiv für Ihre Interessen, in diesem speziellen Fall auch für die ihrer Kinder einsetzen. Schade, dass es für die Stadtregierung nicht auch so einen Zielparagrafen gibt, der regierende PolitikerInnen auffordert, essentielle Interessen von BürgerInnen ernst zu nehmen und zu unterstützen und nicht nur Wirtschaftslobbying zu betreiben.

Am 10.9.2005 fand in Ries eine Volksbefragung statt, an der sich 24,15% der Bevölkerung beteiligten. Davon stimmten 99,28% für die Aufrechterhaltung der Schule, 8 Personen stimmten dagegen.

Noch am Vortag der Wahl erklärten Sie in der Kleinen Zeitung, das Aus für die Schule noch einmal überdenken zu wollen. Nachdem das Votum so eindeutig ausgefallen ist, es gelang Ihrer ÖVP offensichtlich nicht die Gegner zu mobilisieren, definierten Sie kurzerhand eine 50% Beteiligung zur Erfolgsquote, die Sie und die ÖVP noch einmal veranlassen könnten, über die Aufrechterhaltung der Volksschule Ries diskutieren zu wollen. Da dieses Limit nicht erreicht wurde, gibt es auch keinen Grund mehr für Sie darüber zu reden. Das ist eine schallende Ohrfeige gegen all jene Menschen, die sich an der Befragung beteiligt haben. Außerdem zeigt diese Festlegung von Ihnen einmal mehr das herrschaftliche Verständnis der ÖVP von Politik. Nichts ist offensichtlich ungeliebter als eine Bevölkerung, die selbstbewusst und emanzipiert ihre Bedürfnisse artikuliert und sich dabei der - wenn auch sehr geringen aber dennoch vorhandenen direkt demokratischen Mittel - bedient. Das ist eine Politik, die an den BürgerInnen vorbei geht und zutiefst undemokratisch ist. Der Schaden, den eine Schließung der Volksschule bringen würde ist um vieles größer als die Summe der Einsparung durch diese.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

- Sind Sie bereit hier und heute vor dem Gemeinderat das Ergebnis der Volksbefragung zum Erhalt der VS Ries als Erfolg anzuerkennen?
- Werden Sie unter Einsatz all ihrer Möglichkeiten für den Erhalt der Schule eintreten?

- Werden Sie gemeinsam mit dem zuständigen Stadtrat und der für das Schulwesen auf Landesebene künftig zuständigen Person die dafür notwendigen Weichen stellen?

**Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.9.2005
von GRin Lisa Rücker**

Betrifft: „Intelligent Sparen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Sommer sind sie mit einem Vorschlag unter dem Titel „Intelligent Sparen“ an die Medien bzw. in Briefform an die MitarbeiterInnen des Magistrates herangetreten. Ihr Vorschlag sieht vor, Kürzungen direkter finanzieller Subventionen für Vereine, Gesellschaften und NGOs durch MitarbeiterInnen aus einem Magistratspool auszugleichen.

Ohne inhaltlich näher auf diesen Vorschlag einzugehen, ergeben sich folgende Fragen an Sie, Herr Bürgermeister, die bisher noch nicht zu beantworten waren:

- Wie können sie bei diesem Vorschlag sicherstellen, dass die von Ihnen beschriebene „Win-Win-Situation“ auch wirklich für alle Betroffenen, wie z. B. für die derzeit durch direkte finanzielle Subventionen beschäftigten MitarbeiterInnen in den Vereinen, eintritt?
- Haben Sie über diesen Vorschlag jemals mit den betroffenen Gruppen wie z. B. den MitarbeiterInnen des Magistrat Graz oder den VertreterInnen der Vereine, Gesellschaften und NGO´s gesprochen?
- Was sind die von ihnen konkret geplanten weiteren Schritte in dieser Sache?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Mittwoch, 21. September 2005

Betreff: **Volksschule Ries**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Diskussion über die Schließung der Volksschule Ries dauert nun schon beinahe ein Jahr an und ist den Mitgliedern des Gemeinderates nicht zuletzt aufgrund der von den Freiheitlichen diesbezüglich gestellten Anträge allgemein bekannt. Daher verzichte ich auf eine detaillierte Darstellung des Sachverhaltes.

Neu ist allerdings, dass am 11. September eine Volksbefragung im Bezirk Ries abgehalten wurde. Ziel der Befragung war es, zu klären, ob die Bevölkerung des Bezirks Ries für oder gegen eine Schließung der Schule eintritt.

Wenn sich auch nur ein Viertel der Bevölkerung an der Volksbefragung beteiligt hat, so hat die Befragung doch gezeigt, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Ries mit überwältigender Mehrheit, nämlich **mit 99,28%** der abgegebenen Stimmen, für den Erhalt der Schule aussprechen. Bei schon viel geringerer Wahlbeteiligung (Kunsthause beim Schlossberg) wurde in der Vergangenheit der Wunsch der Bevölkerung von der Stadt Graz respektiert. Ich halte dieses Ergebnis für ein ganz klares Votum, welches von der Stadt Graz zu akzeptieren ist und bin überzeugt davon, dass auch Sie als Demokrat dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nachkommen wollen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wie weit bereits mit dem Finanzreferenten und dem für Schulen zuständigen Stadtrat geklärt wurde, in welcher Form die Mittel für einen Erhalt der Volksschule Ries aufgebracht beziehungsweise umgeschichtet werden können?